

Stand: 23.02.2026 03:46:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/6551

""Pakt für Freiheit" auf Eis legen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/6551 vom 18.02.2020
2. Beschluss des Plenums 18/6622 vom 19.02.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 19.02.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

„Pakt für Freiheit“ auf Eis legen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den zwischen der Staatsregierung und Vertretern bayerischer Wirtschaftsverbände beschlossenen „Pakt für Freiheit“ umgehend auf Eis zu legen und – unter Einbezug von Arbeitnehmervertretungen – neu zu überarbeiten und zu beschließen.

Begründung:

Die als „Pakt für Freiheit“ beschlossene Initiative zum Bürokratieabbau und zur Deregulierung ist zu einseitig und allein auf die Bedürfnisse und Wünsche der Wirtschaftsverbände ausgelegt. Dies ist dem Fehlen von Arbeitnehmervertretern bei dem Beschluss des Paktes geschuldet. Zudem ist der Freiheitsbegriff hier allein auf die Freiheit der Wirtschaft ausgerichtet und missachtet damit die übergeordnete Bedeutung der Freiheit für unsere Gesellschaft als Ganzes.

Ebenso wird im Pakt der Begriff „Bürokratie“ hauptsächlich negativ konnotiert. „Bürokratie“ umfasst aber im positiven Sinne auch beispielsweise den allgemeinen Schutz von Arbeitnehmerrechten. Daher ist es sehr fragwürdig und befremdlich, wenn Bayern sich in diesem Pakt als „deutschlandweiter Schrittmacher“ bei „Bürokratieabbau und Deregulierung“ bezeichnet.

Bürokratie kostet vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen Zeit und Ressourcen. Es ist daher zu begrüßen, dass hier unnötige bürokratische Hürden abgebaut und damit kleine und mittelständische Unternehmen im wirtschaftlichen Wettbewerb unterstützt werden. Jedoch sollte dies auch unter Einbezug von Arbeitnehmervertretern passieren, um eine mögliche Aushöhlung des Arbeitnehmerschutzes tunlichst zu vermeiden. Dies ist nämlich das Gebot der Stunde, besonders in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung der Arbeit und den damit neu entstehenden Arbeitsformen. Deren Folgen sind für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute noch nicht in Gänze abschätzbar.

Die Staatsregierung soll außerdem die Tarifbindung sowie die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen als verbindliche Grundlage bei der Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge festlegen und so die Belange von tariftreuen bayerischen Unternehmen stärken, zu denen auch kleine und mittelständische Unternehmen sowie junge Unternehmer zählen. Ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz ist notwendig und überfällig.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/6551

„Pakt für Freiheit“ auf Eis legen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Annette Karl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Walter Nussel

Abg. Florian von Brunn

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Manfred Eibl

Abg. Martin Hagen

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

"Pakt für Freiheit" auf Eis legen (Drs. 18/6551)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

"Pakt für Freiheit" richtig umsetzen - Europäische Union als Hauptproblem der Überbürokratisierung identifizieren (Drs. 18/6571)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl. Bitte, Frau Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der "Pakt für Freiheit" wurde am 04.02.2020 unterzeichnet, auf der einen Seite von Staatsminister Florian Herrmann und Staatsminister Aiwanger, auf der anderen Seite von den Vertretern der bayerischen Wirtschaftsverbände.

"Pakt für Freiheit" ist ein wirklich großer Titel. Die Frage ist nur: Wessen Freiheit ist eigentlich in Bayern bedroht, oder wessen Freiheit muss in Bayern oder weltweit gesichert werden?

Es geht um den Wirtschaftsbereich. Also lasst uns spekulieren: Geht es vielleicht um die Freiheit der Frauen in Pakistan, die in Fabriken eingeschlossen sind, um unsere Billigklamotten zusammenzunähen? Geht es vielleicht um die Freiheit junger Arbeitnehmer in Deutschland, sich keine Sorgen um die Zukunft mehr machen zu müssen, obwohl ihr Job immer nur auf ein Jahr befristet ist?

(Beifall bei der SPD)

Oh nein! Es geht um die Freiheit der Unternehmer in Bayern, gefangen hinter den Gitterstäben der Bürokratie. Bürokratie wird in diesem Pakt als das Böse schlechthin dargestellt: Bürokratie bremse die Unternehmen aus. Ja, sie stranguliere geradezu die Unternehmen. Ich kann dazu nur sagen: Wenn das das einzige Problem der Unternehmen in der heutigen Zeit in Bayern wäre, wären wir froh darum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laut Pakt soll jetzt Deregulierung die Freiheit bringen. Dazu zwei grundsätzliche Anmerkungen:

Erstens. Die Freiheit des einen hat genau da Grenzen, wo die Freiheit des anderen durch dessen Tun bedroht ist. Man kann tun, was man will, solange man nicht jemanden anderen damit schädigt.

Zweitens. Bürokratie, also staatliche Regelungen und Leitplanken, sind auch ein Schutzfaktor für Verbraucher, für Bürger und für Arbeitnehmer. Es kommt auf das Maß an. Überbordende Bürokratie ist wachstumsschädlich. Notwendige Bürokratie ist ein Garant der sozialen Marktwirtschaft. Der Pakt predigt die Deregulierung als Wert an sich, als Ersatz für eine gute und funktionierende Wirtschaftspolitik.

Die Freiheit für alle bedeutet auch die Freiheit für die schwarzen Schafe in der Unternehmerschaft. Sie schadet damit direkt und unvermittelt auch den vorbildlichen Unternehmern, die versuchen, alle Regeln einzuhalten.

Wie haben wir uns nun die Freiheit vorzustellen? Augen zu und durch? Augen zu beim Thema Mindestlohn? Augen zu beim Thema Steuerehrlichkeit? Augen zu beim Thema überlanger Arbeitszeiten? Augen zu beim Thema Umwelt- und Verbraucherschutz? Ich sage ganz klar: Nein!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in den letzten Wochen bei der Diskussion zum Thema Deregulierung des Ladenschlusses, eines der Lieblings- und zum Scheitern verurteilten Projekte unseres Wirtschaftsministers, gehört, dass auch die CSU hier ganz klar sagt: Nein, wir brau-

chen hier Leitplanken. Wir brauchen die Vorschriften. Das ist der Schutz der Arbeitnehmer.

Wir brauchen deshalb eine Neuauflage der Beratungen zu einem vernünftigen Pakt mit den Wirtschaftsverbänden, aber auch mit den Vertretern der Arbeitnehmer, also den Betriebsräten und Gewerkschaften. Um keine Zeit zu verlieren, kann die Staatsregierung mittlerweile all die guten Dinge, die auch in diesem Pakt stehen und die längst hätten erledigt werden können, einfach umsetzen, so zum Beispiel die Vereinfachung von Förderprogrammen – wir haben das als SPD schon seit Jahren gefordert – oder die bessere Vernetzung von Daten zwischen den Behörden. Dazu gab es von mir einen Antrag zum Nachtragshaushalt. Der wurde natürlich leider abgelehnt.

In dem neuen Pakt kann man dann auch festlegen, wo angesichts neuer Arbeitswelten neue Regelungen nötig sind, sei es ein Tariftreuegesetz, ein Weiterbildungsanspruch oder mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte bei Umstrukturierungen. So, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wird ein Schuh für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und für Bayern daraus.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel muss sein: Freiheit für alle, ohne Zukunftssorgen leben und arbeiten zu können.

Den Antrag der AfD, der wieder ganz einseitig die EU als Sündenbock für alle Bürokratie beschreibt, obwohl die meiste hausgemacht ist, lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der heutige Antrag der SPD möchte im Kern den "Pakt für Freiheit", der die überbordende Bürokratie reduzieren will, wörtlich auf Eis legen. Zudem will uns die SPD in ihrem Antrag weismachen, dass Bürokratieabbau mit arbeitnehmerfeindlicher Politik gleichzusetzen ist und Bürokratie eigentlich etwas Gutes sei. Für mich ist das ein einziger Propagandakatalog,

(Florian von Brunn (SPD): So ein Schmarrn!)

den Sozialismus in Europa durchzudrücken.

(Widerspruch bei der SPD)

Dieser Antrag trieft vor Ideologie. Staatliche Eingriffe, sprich: Bürokratieausbau in fast allen Lebensbereichen unter dem Deckmantel so warmherzig klingender Begriffe wie sozial, gerecht und solidarisch – Effekthascherei vom Feinsten.

Ausgangsthese ist, dass im Land Kinder- und Altersarmut herrschen. Das ist in vielen Fällen auch korrekt. Die Lösung, die Sie vorschlagen, ist aber keine, sondern führt vielmehr zu einer dramatischen Beschleunigung der Entwicklung; denn wer eine EU-Arbeitslosenversicherung fordert, der führt quasi in diesem Bereich eine Haftungsunion ein

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

mit der Folge, dass Arbeitslosigkeit im Süden gefestigt wird, weil Anreize fehlen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist falsch!)

Bei uns im Norden tritt der Effekt der Verteuerung von Arbeit ein, sodass auch hier indirekt die Arbeitslosigkeit verstärkt wird. Der EU-weite Mindestlohn hat dieselbe Wirkung: Er erhöht die Arbeitslosigkeit; denn die Nachfrage nach Arbeit sinkt.

(Florian von Brunn (SPD): Das Gegenteil ist richtig! Neofaschistisch und neoliberal!)

Zu allem Überfluss werden Steuererhöhungen verlangt, abgesehen davon, dass die Steuerverwaltung gerade in Deutschland immer monströser wird. Die beste Armutsbekämpfung ist immer noch eine florierende Wirtschaft mit starkem Mittelstand.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Das stimmt natürlich!)

Wir brauchen daher dringend weniger Steuern, nicht mehr. Mit höheren Steuern jagen wir genau die Strukturen, die uns seit Jahrhunderten Wohlstand garantieren, aus Deutschland und aus Europa hinaus. Die Gewinner sind China und noch die USA.

Die SPD hat seit Jahrzehnten immer dieselbe Lösung, die keine ist: Steuern erhöhen, Bürokratie ausweiten. Es gibt nur einen Gewinner: den Staatsapparat, der sich wie eine Krake immer weiter ausdehnt, während der Mittelstand, die familiengeführten Unternehmen weiter ausgedünnt werden – ausgerechnet in Zeiten übersprudelnder Steuereinnahmen, ausgerechnet in Zeiten einer sich abzeichnenden Rezession nicht nur im Süden, sondern auch bei uns im Norden, dort, wo der Lebensquell Europas liegt.

Wer wie die SPD jetzt Steuererhöhungen verlangt, ist nicht ganz bei Trost, oder mit Franz Josef Strauß: Irren ist menschlich, immer irren ist sozialdemokratisch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Der Strauß hat schon viele wahre Sachen gesagt!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Walter Nussel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur AfD will ich nur so viel sagen: Die EU, die Sie an den Pranger stellen, ist

nicht immer diejenige, die noch mehr Bürokratie drauflegt – das sind wir schon oft auch selber, gerade der Bund. In meiner nunmehr dreijährigen Arbeit als Beauftragter für Bürokratieabbau muss ich feststellen: Das Gold Plating kommt oftmals aus Deutschland und auch aus den Ländern.

(Zuruf von der SPD: Endlich sagt es einer! – Alexander König (CSU): Leider ist es so!)

Ich will nicht zu sehr für die EU sprechen. Sie gibt einen Rahmen für alle Nationen vor. Ich nenne nur das Beispiel Datenschutz-Grundverordnung. Die EU hat gefordert, ab 50 Mitarbeitern, die ständig mit personifizierten Daten zu tun haben, ist ein Datenschutzbeauftragter im Betrieb unter Berücksichtigung aller Auflagen vorzuhalten. Was hat Deutschland gemacht? – Ab 10 Mitarbeitern. Wir haben diese Zahl jetzt auf 20 erhöht. Aus meiner Sicht ist dies immer noch zu gering. Warum machen wir es nicht, wie von der EU vorgesehen, ab 50 Mitarbeitern? – Dann hätten nämlich viele unserer mittelständischen Unternehmer kein Problem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum Antrag der SPD. Mich verwundert es – das ist wirklich an die SPD und auch an die Gewerkschaften gerichtet –: Bei mir schlagen wöchentlich Verbände auf – ich verwehre keinem Verband das Gespräch –, aber die Gewerkschaften und auch Verbände waren bei mir bis heute nicht vorstellig und hätten gesagt: Herr Nussel, können wir einmal miteinander über Bürokratieabbau usw. sprechen?

Nun schließt die Staatsregierung einen "Pakt für Freiheit", für besseres Arbeiten mit unseren Verbänden, aber Sie kritisieren dies. Zu mir kommen aber Arbeitnehmer, die sagen: Herr Nussel, lassen Sie uns doch bitte arbeiten. Auf der Grünen Woche – da waren auch SPDler dabei – sind wir beim Staatsempfang abends bedient worden. Menschen fahren für eine Woche nach Berlin, um dort als Servicekräfte zu arbeiten. Sie wollen nicht nach acht oder zehn Stunden aufhören müssen, sondern sie wollen diese Woche nutzen, um dort uns und alle, die bei uns Gäste waren, anständig zu be-

dienen, statt in das Hotel zu müssen und darauf zu warten, dass sie am nächsten Tag wieder acht Stunden arbeiten können. Ich wollte dieses Beispiel aufzeigen, weil mich das sehr geärgert hat.

(Zuruf von der SPD: Da müssen Sie aber bitte die EU-Verordnung beachten!)

Ich bitte Sie darum, dass wir vom Freistaat Bayern, auch Sie, uns gemeinsam hinsetzen und in Berlin die Wochenarbeitszeit – in Anführungszeichen – vertiefter diskutieren. Unsere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wollen so arbeiten, wie dies zu ihrem Familienleben passt. Sie wollen nicht strikte Verbote, die besagen, dass man nicht mehr als zehn Stunden arbeiten darf. Es gibt genügend Arbeitnehmer bei großen Betrieben, die aus dem Betrieb gehen, ausstempeln und dann weiterarbeiten, damit sie das Produkt fertigbringen oder ihren Auftrag erledigen können.

Ich komme zu weiteren Themen. Ein Thema, das ich in meiner Arbeit immer wieder aufgreife, ist der Verbraucherschutz. Der Verbraucherschutz ist ein großes Thema. Durch den Verbraucherschutz – das geht auch in Richtung unseres Ministeriums – entstehen immer mehr Auflagen, die uns den Umgang mit ihnen im Ordnungsrecht nicht leichter machen. Dazu gibt es viele Beispiele, die ich Ihnen gerne einmal näherbringen darf, wenn ich die Möglichkeit dazu habe. Ich habe jede Fraktion angeschrieben und würde mir nach wie vor wünschen, dies bei allen darlegen zu können, auch bei denen, die mich noch nicht eingeladen haben.

Sie von der SPD haben angesprochen, dass wir als Bayern in einzigartiger Weise Deutschland bevormunden würden. Dies liest man aus Ihrem Antrag heraus. – Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich in Bayern bin der erste Bürokratieabbaubeauftragte in der Bundesrepublik. Die anderen Bundesländer haben Normenkontrollräte. Ich lege in meiner Arbeit nach wie vor Gewicht darauf, aus der Praxis etwas für die Praxis zu machen. Deswegen habe ich auch versucht, den Praxis-Check durchzusetzen. Dies ist mir auch gelungen. Der Ministerrat hat zugestimmt, dass das mit Leben erfüllt wird, dass wir die Themen aus der Praxis zusammen mit unseren Firmen und mit unseren

Verbänden anpacken, dort genau hinsehen, wo die Probleme sind. Ich meine, diesen Weg sollten wir weitergehen, um unseren Mittelständlern, um unseren Firmen, auch den großen Firmen, und letztendlich den Arbeitnehmern den Weg zu erleichtern.

Ich mache jetzt einen Schritt zurück. Heuer haben wir Gott sei Dank 75 Jahre Frieden. Nach Kriegsende hat unsere deutsche Bevölkerung die Ärmel hochgekrempelt und das Land nach vorne gebracht. Damals hat es kaum Bürokratie gegeben. Es ist gut, dass über vierzig, fünfzig Jahre auch ordnungsrechtlich vieles angepasst wurde. Jetzt kommen wir aber an die Grenzen dessen, was noch leistbar ist, was Firmen und Unternehmer überhaupt noch leisten können. Sprechen Sie mit den Unternehmern und mit den Unternehmerfrauen, die ihren Männern den Rücken im Büro freihalten. Diese sagen mir: Wir können nicht mehr. Wir haben stets Angst, Fehler zu machen; wir haben stets Angst, irgendetwas zu übersehen, weil die Bürokratie dermaßen überhandnimmt. Dem müssen wir gemeinschaftlich entgegenwirken.

Ich fordere Sie auf: Helfen Sie mit! Machen Sie Vorschläge aus der Praxis. Ich nehme diese gerne in meine Arbeit auf und bringe dies dann zusammen mit den Verbänden, die den Pakt unterschrieben haben, in die Staatsregierung. Ich meine, so helfen wir den Arbeitnehmern, dass sie ihren Arbeitsplatz behalten können, dass Handwerksfirmen nicht schließen, wie das häufig der Fall ist. Ob es der Bäcker, der Metzger oder der Schreiner ist, sie alle sagen: Unsere jungen Leute wollen den Betrieb nicht, und, zwar nicht, weil sie damit kein Geld verdienen, sondern weil uns die Bürokratie, die Vorlagen, die Vorschriften größtenteils erdrücken.

Was mich sehr umtreibt, ist das Thema Null-Toleranz-Grenze. Ich möchte das ausdrücklich sagen. Ich habe dies letzte Woche auch gegenüber der Presse kundgetan. Wir müssen weg davon. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Wir dürfen nicht glauben, wir könnten alles regeln, sodass nichts passiert. Das werden wir nicht schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen intelligent, auch mithilfe der Digitalisierung und allem, was uns zur Verfügung steht, überlegen, wie wir dahin kommen. Ich war heute früh bei der Berufsfeuerwehr in München zu einem Gespräch, und zwar genau zu diesem Thema. Diese Leute gaben mir völlig recht. Wir werden es nicht schaffen. Wir müssen diese Themen aus der Praxis heraus beleuchten.

Wenn ich den Vergleich zum Straßenverkehr nehme: Jährlich über 3.000 Verkehrstote in Deutschland, vor 20 bis 25 Jahren waren es noch circa 15.000 Verkehrstote. Diesbezüglich haben wir viel gemacht. Wer aber glaubt, wir können alle Gefahren mit Vorschriften auf null drücken, sodass niemandem mehr etwas passiert, der läuft auf dem falschen Weg.

Wir haben viel gemacht, und das ist auch gut so. Aber jetzt kommt der Punkt, an dem wir die Demokratie infrage stellen, wenn wir so weitermachen. Deswegen finde ich es hervorragend, dass die Staatsregierung den Ball aufgenommen und diesen Pakt geschlossen hat und wir versuchen, das in Deutschland umzusetzen.

Wir hatten bereits die ersten länderübergreifenden Gespräche. Auch der Praxis-Check spielte eine große Rolle, denn ich erlebe oft – in Anführungszeichen, bitte nicht falsch verstehen – Menschen, die noch keine Firma geführt oder noch kein Ehrenamt bekleidet haben, die uns aber sagen wollen, wie es ordnungsrechtlich funktioniert.

Mein Ansatz ist ein anderer: aus der Praxis für die Praxis. Ich glaube, dann werden wir erfolgreich sein und die Bürokratie weitgehend zurückdrängen.

Noch einmal mein Angebot an jeden hier im Raum, aber auch darüber hinaus: Kommen Sie auf mich, auf uns zu, und dann werden wir darüber diskutieren. Ich werde weiterhin versuchen, Vorschläge zu unterbreiten und Sie auf dem Weg mitzunehmen. Ich möchte mich ausdrücklich bei Staatsminister Florian Herrmann bedanken, dass er das mit den Verbänden jetzt so umgesetzt hat. Ich hoffe, dass wir dabei weiterhin erfolgreich sein werden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Nussel, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten von Brunn vor. Ich erteile dem Abgeordneten von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Nussel, mich wundert es, dass Sie diesen Umstand jetzt beklagen. Nach meinen Informationen ist die CSU in Bayern seit Jahrzehnten an der Regierung. Sie hatte lange Zeit, die Bürokratie abzubauen. Sie haben auf europäischer Ebene mit Ihrem ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber sogar einmal den Anti-Bürokratie-Beauftragten gestellt. War alles, was Sie bisher gemacht haben, nutzlos, wenn Sie jetzt wieder von vorn anfangen müssen?

Walter Nussel (CSU): Erstens fange ich nicht von vorn an, denn Sie haben mich jetzt gehört. Was die Praxis betrifft, weiß ich, wohin ich unterwegs bin. Edmund Stoiber war vor meiner Zeit. Zu dem, was er in Brüssel gemacht hat, müssen Sie ihn fragen. Ich habe das Thema aus der Praxis auch in Brüssel vorgetragen und gesagt, dass wir ein Frühwarnsystem einführen, was zu uns herüberkommt.

Ein weiteres Thema wird sein, dass ich dafür werbe, dass wir in Zukunft auch Synopsen bekommen, wenn von Brüssel etwas an Verordnungen oder Gesetzen, wie auch immer, ausgelöst wird. Wir als Politiker brauchen einen Überblick, was Deutschland daraus macht, was die Länder daraus machen, was das in der Konsequenz bedeutet. Ich habe dazu ganz andere Ansätze.

Wenn Sie sagen, ich würde von vorn anfangen, dann widerspreche ich Ihnen vehement. Erstens bin ich der Meinung – es tut mir leid –, dass gerade die SPD bisher noch nie zugehört hat. Wir können gern darüber sprechen, wenn Sie der Meinung sind, ich würde von vorn anfangen, aber ich behaupte das Gegenteil.

Wir sind jetzt mittendrin, und wir sind auf einem guten Weg, und diesen werden wir weiterverfolgen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Nussel. – Die nächste Rednerin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Abgeordnete Eva Lettenbauer. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsminister ist hier, wie schon so oft, voll über das Ziel hinausgeschossen. In einer einseitigen Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden hat er die Facharbeiterinnen und Facharbeiter von nebenan, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Wort "Arbeitnehmer" kommt nämlich im Pakt kein einziges Mal vor. Das verwundert beim Lesen nicht, denn dort ist unter anderem im Pakt zu lesen – ich zitiere –: "Ermessen soll im Zweifel für die Freiheit und wirtschaftsfreundlich genutzt werden."

(Beifall bei der FDP – Martin Hagen (FDP): Sehr gut!)

Wenn das der wirtschaftspolitische Kompass der Staatsregierung ist, kommen auf unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern harte und schwere Zeiten zu.

(Zuruf von der AfD: So ein Schmarrn!)

Für uns GRÜNE ist klar: Kleine und mittlere Unternehmen müssen entlastet werden – das ist keine Frage –, aber nicht mit Ihrer nicht zielführenden Idee einer Unternehmenssteuersenkung. Das Beispiel USA zeigt doch deutlich, dass das nichts bringt. Das führt zu Mitnahmeeffekten, und es wird nur minimal in Unternehmen reinvestiert.

(Martin Hagen (FDP): Die Wirtschaft boomt in den USA!)

Sie hätten stattdessen auf einen ganz anderen Hebel setzen können. Im November 2019 wurde auf Bundesebene das Bürokratieentlastungsgesetz III verabschiedet.

Hier hätte die CSU als Teil der Bundesregierung oder als Staatsregierung über den Bundesrat zeigen können, wie wichtig ihr tatsächlicher Bürokratieabbau ist. Stattdessen haben Sie nur den ganz kleinen Sprung geschafft.

Sie hätten die Höhe der Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer auf 2 Millionen Euro anheben können. Das würde kleinere Unternehmen gezielt entlasten, weil sie die Umsatzsteuer erst dann abführen müssten, wenn sie die jährlichen Einnahmen von 2 Millionen Euro tatsächlich erzielen. Sie hätten die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro erhöhen und dafür im Gegenzug die Pool-Abschreibungen abschaffen können.

All das haben wir GRÜNE beantragt. Das und vieles mehr hätten Sie angehen können. Sie haben es aber nicht gemacht. Stattdessen formulieren Sie hier einen vagen Pakt, der die Staatsregierung wiederum auffordert, sich in Berlin und in Brüssel für den Bürokratieabbau einzusetzen. Das widerspricht sich doch komplett.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann ist im Pakt die Rede von unnötiger Bürokratie, ohne davon zu sprechen, was Sie genau damit meinen. Dazu will ich dem bayerischen DGB-Vorsitzenden Jena recht geben. Die von Ihnen gezeißelte Bürokratie umfasst auch Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte. Das ist der Grund, warum Sie sich mit Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretern und -vertreterinnen an den Tisch setzen müssen. Gerade in Zeiten der Digitalisierung dürfen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht ausgehöhlt werden. Verpflichtende Tariftreue, ein Recht auf Weiterbildung sind dringend notwendig. Es wäre nicht schwer gewesen, ein ausgeglichenes Konzept für einen Pakt zu erstellen. Das wollten Sie aber augenscheinlich nicht.

Für uns GRÜNE ist klar: Mit uns gibt es keinen Ausverkauf der Arbeitnehmerinnenrechte in Bayern. Wir wollen nützliche Bürokratie nicht aufweichen. Der Wirtschaftsminister versucht zum Beispiel seit Monaten, die Arbeitszeiten noch weiter zu flexibilisie-

ren und noch familienunfreundlicher zu gestalten. Wir aber sagen: Die Arbeitszeitenregelungen sind wichtig für die Beschäftigten und keine unnötige Bürokratie. Gleiches gilt für viele andere Bereiche: den betrieblichen Arbeitzeitschutz, die Gefahrstoffverordnung – all das ist Bürokratie, aber sie stärkt und schützt die Beschäftigten in Bayern. Diese Standards müssen wir erhalten und sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen durch Ihre Freude an der Deregulierung die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen und mittelständischen Betrieben nicht zu Beschäftigten zweiter Klasse machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bürokratieabbau und Entlastungen für mittelständische Unternehmen sind wichtig. Wir brauchen einen ausgeglichenen Ansatz, der die Interessen der Wirtschaft und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter einen Hut bringt. Deregulierung darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen. Wir als Fraktion der GRÜNEN haben diesen Ausgleich immer im Blick und stimmen dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Abgeordnete Manfred Eibl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Lettenbauer, mit Ihren Ausführungen haben Sie eindrucksvoll dargestellt und bewiesen, dass Ihnen die Probleme vor allem im kleinstrukturierten Handel und in der Industrie heute noch nicht zugänglich gemacht wurden und Sie nicht verstehen, was draußen überhaupt los ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es geht hierbei eindeutig um die Zukunft der Wirtschaft, und zwar nicht nur in Bayern, sondern in Deutschland und damit um die politische und auch um die soziale Stabilität in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das dürfen wir nie unterschätzen. Bürokratieabbau und Deregulierung sind zentrale Aufgaben der Politik, um den Wirtschaftsstandort Deutschland und somit auch den Wirtschaftsstandort Bayern auf Dauer zu erhalten.

Mit dem "Pakt für Freiheit" wird seitens der Staatsregierung ein bayerischer Weg mit den Wirtschaftsorganisationen in Bayern eingeschlagen, der mehr als notwendig ist, meine Damen und Herren. Mit diesem Pakt wird erstmals, und zwar bundesweit einzigartig, auf die Belange und Bedürfnisse und auch auf die Probleme des Handels, des Handwerks und der Industrie intensiv eingegangen. Es geht nicht nur darum, auf die bürokratischen Probleme und Schwierigkeiten der Unternehmen einzugehen, sondern mit ihnen gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten und damit auch notwendige Erleichterungen oder Entlastungen aufzuzeigen. Die Bürokratie ist mittlerweile eine der größten Belastungen für Unternehmen, und sie ist in der Problematik dem Fachkräftemangel und der immer unsicherer werdenden konjunkturellen Situation gleichzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In einer aktuellen Umfrage der Handelskammer für München und Oberbayern haben 79 % der Handwerksbetriebe die Bürokratiebelastung als eine der größten aktuellen Herausforderungen genannt. Spricht man mit den Handwerkern oder kleinen Industriebetrieben, so ist oftmals von Resignation und von Frust in Bezug auf die immer ausschweifendere Bürokratie zu hören. Das Ganze geht hin bis zu Betriebsaufgaben.

Aufwendige Rechtsvorschriften, unverhältnismäßige Statistikpflichten sowie immer umfangreichere Verwaltungsprozesse führen zur Bindung von Kapazitäten, die ein Kleinbetrieb oder Unternehmen nicht mehr bereitstellen kann. Obwohl kleinere Betriebe Ausnahmen erhalten, nimmt deren Belastung exorbitant zu. Unternehmen, Hand-

werks- und Industriebetriebe sind speziell in der aktuellen Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs mehr als gefordert, glauben Sie mir das.

Wir wissen, dass ein langer und steiniger Weg vor uns liegt. Die überwiegende Grundlage und ein umfassender Anteil der zahlreichen Gesetze und Verordnungen gehen auf Entscheidungen des Bundes und der EU zurück. Mit diesem "Pakt für Freiheit" setzen wir in Bayern jedoch ein klares und deutliches Zeichen für einen erfahrungsbasierten und systematischen Bürokratieabbau, den wir angehen wollen. Glauben Sie mir auch, dass sich die Staatsregierung umfassend sowie mit Nachdruck in Berlin und Brüssel dafür einsetzen wird, den Bürokratieabbau und diesen Regulierungswahn im Sinne einer positiven Entwicklung für unsere Unternehmen einzudämmen.

Sie von der SPD behaupten in Ihrem Antrag, der Begriff "Bürokratie" sei hauptsächlich negativ behaftet. Ich sage eindeutig: Ja, so wird er wahrgenommen, und zwar nicht nur bei den Betrieben, sondern auch bei der Vielzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Es geht in diesem Pakt nicht darum, Arbeitnehmerrechte und Schutzfunktionen für Verbraucher zurückzufahren. Sie kritisieren jedoch, dass dieser Pakt allein auf die Bedürfnisse und Wünsche der Wirtschaftsverbände ausgelegt sei. Ja, denn es geht um deren Zukunft, meine Damen und Herren.

Eines ist uns allen bewusst: Nur gemeinsam können wir – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Politik – die vor uns liegenden umfangreichen Aufgaben meistern. Wir lehnen den Antrag der SPD und auch, wie schon beschrieben, den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Eibl, bitte kommen Sie noch einmal zum Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung der Kollegin Annette Karl vor, der ich hiermit das Wort erteile.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Eibl, Sie sagten eben: Ja, dieser Pakt ist eindeutig auf die Interessen der Wirtschaft zugeschnitten. – Ich frage Sie daher: Sind die Arbeitnehmer keine Akteure der Wirtschaft? – Des Weiteren sagten Sie in Ihrem nächsten Satz: Ja, es müssen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Staat gemeinsam handeln. – Das ist richtig; das habe ich auch gesagt.

Deshalb noch einmal die Frage: Was denn nun? Gibt es eine einseitige Ausrichtung auf die Interessen der Unternehmer oder werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit ins Boot geholt, und warum haben Sie dann die Arbeitnehmer nicht von Anfang an bei diesem Pakt beteiligt?

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Karl, Entscheidungsprozesse werden in Unternehmen immer im Einklang zwischen Werksleitungen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern definiert, fortgeschrieben und auch aufgezeigt. Das ist immer ein Einvernehmen mit der Arbeitnehmerschaft. Vordergründig geht es aber wirklich darum, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes und vor allem das Handwerk, den kleinstrukturierten Einzelhandel und das Gewerbe auf Dauer zu sichern. Das ist unser Ansatz. Das ist auch entscheidend, um – ich sage es noch einmal – die wirtschaftliche und soziale Stabilität in diesem Land zu sichern, und das muss unsere Aufgabe sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Fraktionsvorsitzende, Herr Martin Hagen. Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zitierte Allensbach-Umfrage hat heute zutage gebracht, dass sich 71 % der Bürgerinnen und Bürger persönlich über Bürokratie ärgern. 80 % der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass wir zu viel bürokratische Belastungen in unserem Land haben. – Wir haben heute einen Antrag der SPD, in dem ein

"Pakt für Freiheit" mit dem Argument kritisiert wird, die Bürokratie werde darin hauptsächlich negativ konnotiert.

Fragen Sie in unserem Land einmal irgendeinen selbstständigen Unternehmer oder gerne auch einen Arbeitnehmer, der mit diesem bürokratischen Aufwand befasst ist, ob für ihn Bürokratie etwas Positives oder Negatives ist. Ich glaube, die Antwort könnte Sie, meine Damen und Herren, verunsichern.

(Beifall bei der FDP)

Sie schreiben in Ihrem Antrag von einer Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte. Ich habe diesen "Pakt für Freiheit" ausgedruckt und ihn Seite für Seite durchgelesen. Mir ist an keiner einzigen Stelle ein Angriff auf Arbeitnehmerrechte untergekommen.

Was steht in dem Pakt? – Im Gespräch bleiben. Es gibt einen Runden Tisch zum Thema Bürokratieabbau.

Es wird gesetzgeberische Zurückhaltung angemahnt, und die EU-Richtlinien sollen eins zu eins in Deutschland umgesetzt werden. Es soll, bevor man neue Gesetze verabschiedet, einen Praxis-Check geben, was das für die Unternehmen bedeutet, sowie im Nachgang eine Evaluierung, wie hoch der bürokratische Aufwand tatsächlich war.

Der Verwaltungsvollzug in Bayern soll wirtschaftsfreundlich und unbürokratisch stattfinden. Bei der Förderung und bei den Förderprogrammen soll das Ganze möglichst mittelstandsfreundlich und freundlich im Hinblick auf die Belange kleiner Unternehmen stattfinden.

Die Chancen der Digitalisierung sollen für eine bürgerfreundliche und unternehmensfreundliche Verwaltung genutzt werden.

Wir senken die Unternehmenssteuerbelastung und überprüfen und vereinbaren schließlich auch noch Aufbewahrungsfristen.

An keiner einzigen Stelle steht, dass Arbeitnehmerrechte geschliffen werden. Deswegen wundert mich Ihr Antrag.

Sie schreiben, der "Pakt für Freiheit" sei einseitig und allein auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten. Es ist aber nun einmal die Wirtschaft, die die Lasten der Bürokratie trägt und der es gut gehen muss, damit es auch den Arbeitnehmern in unserem Land gut geht. Das begreifen Sie nicht. Das begreifen auch die GRÜNEN nicht, wie Sie das in Ihrem Wortbeitrag klargemacht haben. Sie beweisen hier einmal mehr, dass es gut ist, dass Sie in diesem Land nicht die Wirtschaftspolitik verantworten, und wir sollten alle froh sein, dass das auch so bleibt.

Wenn es der Wirtschaft in unserem Land nicht gut geht – wir sehen doch die Konjunkturwolken am Himmel –, geht es auch den Menschen in diesem Land nicht gut. Wenn daher die Regierung etwas tut, um der Wirtschaft das Leben einfacher zu machen, begrüßen wir das.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Als Vertreter der Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hagen, ich bin froh über Ihren Wortbeitrag, denn er bekräftigt mich in der Meinung, dass wer lesen kann, im Vorteil ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben einfach nur den Text unseres Pakts gelesen und sind zu den zwingenden Schlussfolgerungen gekommen, die dort enthalten sind. Besonders erfreulich finde ich, dass Sie das auch noch begrüßen.

Weniger erfreulich finde ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion. Ehrlich gesagt, liebe Frau Kollegin Karl, der Antrag ist kein Glanzstück. Ich bin wirklich enttäuscht, denn er ist eine absolute Themaverfehlung.

Ich bin fest davon überzeugt, dass sie den Pakt überhaupt nicht gelesen haben, sondern einfach Copy & Paste mit der Kritik gemacht haben, die der DGB-Vorsitzende Jena der, ich glaube, "Süddeutschen Zeitung" gegenüber geäußert hat. Daraus haben Sie jetzt den Antrag gebastelt, ohne den Pakt zu lesen. Das ist, ehrlich gesagt, nicht das Niveau, das wir gewohnt sind.

Sie wittern hinter dem Pakt pauschal eine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten. Wenn man dann aber Ihren Vortrag und auch den der Kollegin Lettenbauer von den GRÜNEN hört, hat man den Eindruck, dass es eigentlich besser wäre, wir hätten noch viel mehr Bürokratie, und wir müssten mit einer richtigen Bürokratie-Bazooka durchs Land ziehen

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

und überall darauf achten, noch mehr Gold zu platen und noch mehr Formulare, Kleinstbestimmungen und Detailregelungen einzuführen. Das ist der Eindruck, der sich jedenfalls aus Ihren beiden Reden ergibt.

Sie werden wohl nicht ernsthaft behaupten, dass wir kein Problem haben, wenn es um das Thema der bürokratischen Abläufe in unserem Staat und insgesamt in unserer Gesellschaft geht. Die bereits zitierte Umfrage aus der "FAZ", wonach 80 % der Bevölkerung sagen, es sei zu bürokratisch, spricht Bände. Es geht eben um dieses Problem der Überregulierung, genauer gesagt der nicht präzisen Regulierung, der überbordenden Regulierung. Es geht darum, dass wir es mithilfe kluger Gesetzgebung und mithilfe eines klugen Gesetzesvollzugs mit Augenmaß vermeiden, uns komplett zu lähmen.

Darüber herrscht übrigens Konsens, nicht nur unter den Arbeitgebern und Unternehmern, mit denen Sie offenbar ein Problem haben, sondern auch bei allen anderen, bei

den Verwaltungspraktikern und bei den Arbeitnehmern. Fragen Sie die Altenpflegerin, den Krankenpfleger, die Ärztin, den Bäcker, die Personalerin. Über alle Berufsgruppen hinweg besteht Unmut darüber, dass es immer mehr Regeln, immer mehr Formulare, immer mehr Vorschriften gibt, die zu beachten und zu bedenken sind.

Bei unserem "Pakt für Freiheit" – wenn man es liest, glaube ich, wird es sehr deutlich – geht es eben nicht um materielle Fragen oder um politische Entscheidungen. Es geht nicht um die Frage, Mindestlohn: ja oder nein, Bon-Pflicht: ja oder nein, oder um die Frage, wie wir den europäischen Standard in der Frage der Sozialversicherung kontrollieren, Stichwort A1-Bescheinigung. Um diese inhaltlichen Fragen geht es gerade nicht, sondern es geht eigentlich um die Methodik. Deshalb haben Sie eine totale Themaverfehlung in Ihrem Antrag und in Ihren Reden.

Es wird ein künstlicher Konflikt konstruiert, den es so tatsächlich nicht gibt. Man kann sich inhaltlich politisch darüber verständigen, ob man einen Mindestlohn will oder nicht, doch wie man den dann kontrolliert, wie man den einführt, das kann man bürokratisch oder unbürokratisch und unkompliziert machen. Um letztere Frage geht es und nicht um erstere. Wenn man beides vermischt, ist es nicht in Ordnung.

Trotzdem bin ich Ihnen für den Antrag insofern dankbar, als ich damit die Gelegenheit habe, Ihnen den Pakt einmal darzustellen. Uns geht es um einen modernen Ansatz in der Rechtsetzung und in der Rechtsanwendung gegen den üblichen furor codificandi, den wir erleben, die reflexhafte, zum Teil symbolische Gesetzgebung aus jeder Situation heraus, die entsteht, wo gleich die Forderung nach neuen Gesetzen und Regelungen kommt.

Ich bin fest davon überzeugt, Bürokratie kommt nicht nur von Bürokraten, sondern sie kommt von unserer Gesellschaft insgesamt, die mit einer Vollkaskomentalität versucht, jedes kleine Detail unserer Lebensrealität auszujudizieren und mit der Legislative zu durchziehen und überall kleinste und genaueste Regelungen zu machen. Dort fängt es schon an.

Unser Ansatzpunkt lautet im Grunde genommen: im Zweifel für die Freiheit. Das steht auch in dem Pakt. Ein alter Satz von Seneca, *dubiam libertatem*, oder – das müsste Ihnen eigentlich viel mehr in den Ohren klingen – von Willy Brandt in der Abschiedsrede 1987 auf dem SPD-Parteitag: im Zweifel für die Freiheit. Das ist ein richtiger Gedanke, wie der Staat mit seinen Bürgern umgehen soll. Deshalb ist es der Leitgedanke, der bei uns hier dahintersteht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einmal schildern, wie es in dem Pakt genau ausgeführt ist, dass eine gute Rechtsetzung mit der Vorfrage beginnt, ob ich überhaupt eine Regelung benötige. Das ist dann eine politische Frage, die man politisch klären muss. Aber man muss sich zunächst einmal den Gedanken machen. Das wurde auch nicht von uns erfunden, sondern stammt aus dem 18. Jahrhundert von Montesquieu, der sagt: "Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen." – Da fängt Entbürokratisierung schon an.

(Alexander König (CSU): Schlauer Mensch!)

Das ist der konsequente Weg der gesetzgeberischen Zurückhaltung, den wir übrigens in Bayern – Stichwort Paragrafenbremse – schon seit einigen Jahren sehr konsequent gehen.

Wenn man dann zu dem Ergebnis kommt, wir brauchen eine gesetzliche Regelung aus politischen Gründen, weil der Sachverhalt geregelt gehört, dann muss man dieses auch klug machen. Das funktioniert partnerschaftlich. Das ist dieser Paradigmenwechsel, der in dem Pakt mit einer umfassenden Einbeziehung über die Verbändeanhörung hinaus angelegt ist. Dort sind in den ganz konkreten Fällen natürlich auch Arbeitnehmervertreter gefragt.

Ich bin dem Kollegen Nussel besonders dankbar für den Praxis-Check, den er uns beschert hat. Das ist eine sehr kluge Vorgehensweise, weil man häufig bei der Gesetz-

gebung ein bestimmtes Ziel vor Augen hat, dabei einen Tunnelblick entwickelt und sich nur noch auf dieses Ziel zubewegt und völlig ausblendet, dass es links und rechts davon Wirkungen von diesen Gesetzen gibt, die man irgendwann merkt und dann wieder hektisch korrigieren muss, wodurch noch mehr Bürokratie bei der Korrektur entsteht. Deshalb ist der Praxis-Check sinnvoll, mit dem quasi wie in einem Labor mit Praktikern ausgetestet wird, wie sich eine bestimmte Regelung wirklich auswirkt. Deshalb, lieber Walter Nussel, herzlichen Dank für dein starkes Engagement in diesem Zusammenhang!

(Beifall bei der CSU)

Es geht um Good Governance, um eine bessere Rechtsetzung, um eine methodische Herangehensweise. Es geht darum zu evaluieren. Es geht auch darum, immer wieder technische Normen in die Überlegungen einzubeziehen, auch dort den Praxis-Check zu machen.

Wenn man dann das vernünftige Gesetz hat, dann geht es in der dritten Stufe natürlich auch um den praxisnahen Vollzug, um den unbürokratischen Vollzug, letztlich um den Vollzug mit Hausverstand, mit gesundem Menschenverstand. Wie würde man das pragmatisch so lösen, dass am Ende gute Ergebnisse herauskommen? Diese Art von Vollzug ist wirklich freiheitsfreundlich und auch wirtschaftsfreundlich. Das ist kein Widerspruch zu Arbeitnehmerrechten, die – wie gesagt – überhaupt nicht angetastet werden.

Das Stichwort Digitalisierung, Frau Kollegin Karl, das Sie angesprochen haben, kommt selbstverständlich in unserem Pakt als wichtige Stütze bei der Entbürokratisierung von vielen Vorgängen auch vor. Kollegin Gerlach hat es jetzt angepackt, hat entsprechende Vorschläge unterbreitet, wie wir das von staatlicher Seite in der nächsten Zeit wirklich optimieren werden. Dauerbrenner gewissermaßen sind die Aufbewahrungspflichten und die Statistikpflichten. Das sind echte Hemmschuhe, die wir noch stärker abbauen müssen.

Was also, meine Damen und Herren, kann man daran seriöser- und ehrlicherweise aussetzen? Ich finde, ehrlich gesagt: nichts. Es ist der "Pakt für Freiheit", eine bundesweit einzigartige Vereinbarung. Das zeigt, dass wir bei all den Dingen, die wir in der Vergangenheit schon gemacht haben – die Reduzierung von Paragrafen, Ausmistung von längst nicht mehr notwendigen Gesetzen –, an dieser Daueraufgabe Bürokratieabbau dranbleiben; denn wir wollen ein Freistaat und kein Verbotsstaat sein. Dazu gehört auch, dass wir kein ständiges Misstrauen – wie es aus Ihren Reden, Frau Karl und Frau Lettenbauer, hervorgegangen ist – gegenüber den Unternehmern, gegenüber der Wirtschaft hegen, die nach Ihrer Meinung nichts anderes im Schilde führt, als Arbeitnehmer in irgendeiner Form zu gängeln.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Deshalb ist dies der falsche Ansatz. Ich glaube, unser freiheitsorientierter Ansatz ist richtig. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, beweisen mit Ihrem ausdrücklichen "Ja, aber" zum Bürokratieabbau, dass Sie sehr weit weg sind von den Mittelständlern, von den Handwerkern, von den Freiberuflern und auch von den Ehrenamtlichen in diesem Land, die es eben anmahnen, dass wir Bürokratie abbauen und vieles vereinfachen.

Für die Bayerische Staatsregierung gilt das Motto: im Zweifel für die Freiheit. Danach handeln wir, und dafür steht auch der "Pakt für Freiheit".

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, zu einer Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Annette Karl für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Staatsminister Herrmann, es ist eine Unverschämtheit, dass Sie mir unterstellen, ich hätte diesen Pakt nicht gelesen. Das ist weit unter Ihrem normalen Niveau.

Zum Thema Freiheitsbegriff habe ich einige Ausführungen gemacht. Wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie auch gesehen, dass Freiheit immer auch die Freiheit des anderen ist.

Es ist faszinierend, welch schlechtes Zeugnis Sie Ihrer eigenen Staatsregierung, die seit Jahrzehnten an der Regierung ist, ausstellen, indem Sie sagen, sie müsste jetzt endlich anfangen, bessere Gesetze zu machen.

In dem Pakt ist von wirtschaftsfreundlicher Auslegung des Verwaltungshandelns die Rede. Dort steht wörtlich: Beratung statt Bestrafung. Jetzt die Frage: Was sagen Sie einem ehrlichen Unternehmer, der seine Leute nach Tarif bezahlt, der alles ordentlich dokumentiert, wenn Sie diejenigen, die bewusst dagegen verstoßen, die Leute stundenlang unbezahlt, ohne zu stempeln arbeiten lassen,

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Annette Karl (SPD): dann ermahnen, aber nicht bestrafen? Ist das Ihre Vorstellung von einer guten Wirtschaftspolitik?

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Frau Kollegin, doch nicht so empfindlich! Das Problem ist: Wenn man das Hemd unten falsch einzuknöpfen beginnt, wird es oben nicht mehr richtig werden. Das zieht sich leider durch den Wortbeitrag und auch durch diese Zwischenfrage, die ganz bewusst alle Dinge verdreht und die Sache nur negativ sehen will.

Entbürokratisierung ist eine Daueraufgabe, weil es ständig neue Themen, neue Sachverhalte gibt, mit der sich Parlamente, Regierungen, Behörden usw. beschäftigen

müssen. Wenn man da einen modernen, klugen Weg finden will, ist das nichts, was man verspotten oder lächerlich machen muss. Das Beispiel, das Sie genannt haben, ist absurd, weil natürlich immer der Maßstab der Verhältnismäßigkeit anzulegen ist. Wir sind auch an die Datenschutz-Grundverordnung so rangegangen, dass wir gesagt haben: Wenn jemand versehentlich einen Verstoß begeht, wäre es falsch, ihn mit der vollen Härte des Gesetzes zu überziehen. Wenn aber jemand vorsätzlich und wiederholt gegen Mitarbeiter- und Arbeitnehmerrechte verstößt, dann muss ihn natürlich die volle Breitseite des Rechtsstaats treffen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. – Herr Staatsminister, ich nehme das zurück. Ich wollte nur den einen oder anderen wecken.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wenn Sie wollen, dürfen Sie weiterreden.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Ich war fertig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bedanke mich recht herzlich. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/6551 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der FDP, der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/6571 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bei dieser Gelegenheit gebe ich bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/5322, Tagesordnungspunkt 7, namentliche Abstimmung beantragt wurde.